
8.c. Fraktionsanträge **407/2015**
**Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, SPD, Die Grünen
und PIRATEN / LINKE**
**hier: Einrichtung einer Stelle eines/er
Flüchtlingsbeauftragten/-koordinators**

Der gemeinsame Antrag wird an die Mitglieder des Rates verteilt.

Der Antrag ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Rm. Frau Stöcker berichtet, ein ähnlicher Antrag der Fraktion PIRATEN / LINKE sei bereits im Sozialausschuss diskutiert worden. Die Einrichtung der Stelle sei insbesondere unter dem Aspekt der gestiegenen Zahl von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen als sinnvoll erachtet worden. Wichtig sei jedoch, zunächst eine Absprache mit dem Kreis zu treffen, ob die zusätzliche Stelle genehmigt werden kann.

Rm. Müller erklärt, einer zusätzlichen Stelle für einen Flüchtlingskoordinator könne die FDP-Fraktion aus haushaltsrechtlichen Gründen nicht zustimmen. Die Verwaltung solle sich bemühen, die Aufgabe mit vorhandenem Personal zu bewältigen.

Rm. Lessing sieht hierfür keine Kapazität. Es bestehe eine besondere Fürsorgepflicht, die mit dem vorhandenen Personal nicht erfüllt werden kann. Inhaltlich sei das Thema ausführlich in den Fachausschüssen diskutiert und die Notwendigkeit der zusätzlichen Stelle festgestellt worden. Die Befristung der beantragten Stelle sei bereits ein Kompromiss.

Frau Buschmann erläutert, über die bereits jetzt geleistete Arbeit hinaus müssten Netzwerke geschaffen werden. Wichtig sei die Koordination, die den Kontakt der Flüchtlinge zu anderen Institutionen wie Schulen, Behörden, freien Trägern und Ehrenamtlern ermögliche. Diese notwendige Unterstützung sei mit dem vorhandenen Personal nicht zu leisten.

Stadtkämmerer Salewski sieht die Notwendigkeit der zusätzlichen Stelle.

Der Kreis solle beurteilen, ob die Stelle genehmigt werden kann. Dabei werden die höheren Zuschüsse für die Flüchtlingsbetreuung sicherlich positiv in die Prüfung einfließen. Erster Beigeordneter Stang vermutet, der Kreis werde der zusätzlichen Stelle grundsätzlich positiv gegenüber stehen.

Rm. Söffing erklärt, vieles spreche für die Einrichtung der Stelle, aber aufgrund der

schlechten Haushaltslage werde sich die FDP-Fraktion enthalten.

Bürgermeister Dinkelmann lässt über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt

1. wie mit der vorangegangenen Argumentation beschrieben, beim Kreis Mettmann die Einrichtung einer solchen Stelle zu beantragen und die haushaltsrechtliche Freigabe für die vorzunehmenden Maßnahmen einzuholen.
2. Die Zusammenfassung der beiden hälftigen Aufgabenbereiche
 - a. Koordination der jugendhilferechtlichen Maßnahmen für Flüchtlingskinder und Familien
 - b. soziale Betreuung und Beratung der Flüchtlinge allgemein sowie Koordinierung von Integrationsmaßnahmen.

in einer gemeinsamen Stellenbeschreibung für eine Vollzeit-Äquivalent.-Stelle, mit Möglichkeit der Besetzung durch zwei Teilzeitkräfte zu formulieren und schnellstmöglich auszuschreiben.

Die Stelle wird vorerst auf zwei Jahre befristet, mit möglicher Option auf Entfristung.

3. Refinanzierungsmöglichkeiten durch Land oder Bund sind im Vorfeld zu prüfen.

Abstimmungsergebnis

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	15	-	-
SPD	11	-	-
Die Grünen	5	-	-
FDP	-	4	-
AfD	2	-	-
UBWG	1	-	-
Piraten / Die Linke	2	-	-
Fraktionsloses Mitglied	-	-	-
Bürgermeister	1	-	-

Dem gemeinsamen Antrag wird mehrheitlich zugestimmt.